

tion des Sudetengebiets forderte und im Nazijargon erklärte, ein Asiat, ein Amerikaner und ein Vertreter des britischen Empire hätten das Potsdamer Abkommen geschlossen. Das ist ein Beispiel dafür, wie im Dienste der amerikanischen Kriegspläne in Westdeutschland der Nazigeist, der Rassenhaß gezüchtet wird.

Die verräterische deutsche Großbourgeoisie wälzt nicht nur die Kosten des zweiten Weltkrieges, sondern auch die neuen Kriegsvorbereitungen auf die werktätige Bevölkerung ab. Zum letzten Male wurden Anfang März 1950 von den Hohen Kommissaren die Besatzungskosten mit 4,5 Milliarden angegeben. In diesen 4,5 Milliarden waren 450 Millionen nicht als direkte Besatzungskosten angesetzt, da sie zum Teil für militärische Anlagen verwendet wurden. Die Ausgaben für militärische Anlagen sind inzwischen angestiegen. Um dies vor der Bevölkerung zu verschleiern, wurde seither der Etat der Adenauerregierung nicht wieder veröffentlicht. Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, schätzte Anfang Mai, daß die Summe der Besatzungskosten inzwischen auf etwa 5,3 Milliarden angestiegen sei.

Neben den Kosten der Kriegsvorbereitungen müssen die werktätigen Massen die Folgen der Kolonisierung Westdeutschlands tragen. Die von der Ruhrbehörde geforderte erneute Herabsetzung des Exportpreises für Ruhrkohle um 20 Prozent führte zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung. Durch die Verteuerung des Brotes und der Margarine sollen die für Kriegsvorbereitungen verausgabten Gelder und die Kosten der Kolonisierung zum Teil aufgebracht werden.

Die zahlreichen Protestentschließungen aus Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen, die Forderungen auf Betriebsräte- und Gewerkschaftsfunktionärkonferenzen an die Führung des DGB, auf die Brot- und Fettverteuerung mit Proteststreiks und Lohnforderungen zu antworten, sind ein Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit und des Kampfwillens der Arbeiter.

Wie groß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wegen dieser Preiserhöhung ist, zeigt, daß selbst die Fraktion der CDU im Bundestag gegen ihre eigene Regierung stimmte. Die rechten Gewerkschaftsführer unternahmen jedoch alles, um Kämpfe der Arbeiter gegen das Adenauerregime zu verhindern. Nach Verhandlungen zwischen den rechten Gewerkschaftsführern und der Adenauerregierung wurden die Interessen der Bevölkerung durch die rechten Gewerkschaftsführer preisgegeben.